



100 Ideen für Felde

Ergebnisse
der Zukunftswerkstatt 2011

– Finanzen, Infrastruktur, Natur, Umwelt,
Wirtschaft, Verkehr, Bildung –

Felde, November 2011

Inhalt

Wozu eine Zukunftswerkstatt? - Einige Worte vorweg	S. 3
Ausgangslage	S. 4
1. Finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde	S. 6
1.1 Rahmenbedingungen	S. 6
1.2 Bewertung des Haushalts der Gemeinde Felde für 2011	S. 9
1.3 Optionen zur Sicherung einer nachhaltigen Haushaltspolitik	S. 11
1.4 Zusammenfassende Bewertung	S. 14
1.5 Notwendige politische Entscheidungen in der Gemeinde	S. 15
2. (Soziale) Infrastruktur	S. 16
2.1 Gebäude – Ressourcen	S. 16
2.2 Personelle Ideen	S. 17
2.3 Institutionelle Anforderungen	S. 18
3. Natur und Umwelt	S. 20
3.1 Natur	S. 20
3.2 Umwelt	S. 21
4. Wirtschaft	S. 22
5. Verkehr	S. 24
6. Bildung	S. 26
6.1 Kindertagesstätte	S. 26
6.2 Grundschule	S. 28
6.3 Volkshochschule	S. 30
Quellen	S. 31

Impressum

Herausgeber und Copyright: SPD-Ortsverein Felde

Autoren: Ulrich Lorenz, Andreas Kreft, Andreas Malzahn, Hartmut Rimkus

V.i.S.d.P.: Andreas Malzahn, Lehmkoppel 9, 24242 Felde

Fotos: Elke Lorenz (bis auf S. 22: A. Malzahn und S. 24: A. Fleck)

Wozu eine Zukunftswerkstatt? - Einige Worte vorweg

Zwischen April und November 2011 hat der SPD-Ortsverein eine Zukunftswerkstatt für Felde organisiert, die offen war für alle Bürgerinnen und Bürger. Ziel war es, in mehreren Themenkreisen neue Impulse für das Gemeindeleben und die Gemeindepolitik zu sammeln.

Nach der Auftaktveranstaltung mit rund 40 Bürgerinnen und Bürgern fand die Arbeit in vier Foren statt: „Demografischer Wandel und Gemeindefinanzen“, „Infrastruktur“, „Natur, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr“ sowie „Bildung“. 22 Bürgerinnen und Bürger haben sich aktiv eingebracht, mehr als die Hälfte waren nicht Mitglieder des SPD-Ortsvereins.

Die nun folgende Sammlung der Anregungen und Vorschläge wurde bewusst nicht gefiltert. Es galt das Prinzip, dass jede Idee zu ihrem Recht kommen sollte.

Um zu vermeiden, dass die Haushaltslage der Gemeinde außer acht bleibt, waren uns auch die finanziellen Perspektiven Feldes wichtig. Ein Forum hat daher den Haushalt der Gemeinde analysiert und konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Haushaltslage erarbeitet. Diesen Teil haben wir bewusst an den Anfang gestellt, weil er den Rahmen setzt.

Insgesamt stellt dieser Bericht nicht zwangsläufig die Positionen der SPD in Felde dar. Wir nehmen ihn aber zum Anlass, um zu prüfen, welche Vorschläge wir politisch unterstützen wollen. In diesem Sinne gehen wir mit den beteiligten Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass die Inhalte für alle politischen Kräfte in Felde eine anregende Lektüre sind.

Darüber hinaus erhoffen wir uns Impulse für das ehrenamtliche Engagement in unserem Dorf. Die Berichte aus den Foren weisen daher auch Möglichkeiten auf, um sich einzubringen und die Dorfgemeinschaft zu pflegen.

Vielleicht ist ja auch für Sie persönlich etwas dabei!

Ihr SPD-Ortsverein Felde

Ausgangslage

Felde ist mit seinen mehr als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein beliebter Wohnort im Kieler Umland. Die Sozialstruktur kann als überdurchschnittlich beschrieben werden. Felde ist gerade auch für finanziell gut gestellte Menschen als Wohnort, weniger jedoch als Ort der Arbeitsstätte beliebt. Daraus resultiert für die gemeindlichen Finanzen eine eher günstige Ausgangslage, weil der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer als wesentliche gemeindliche Einnahmequelle eher höher als in anderen Gemeinden ist, die Aufwendungen für soziale Transferzahlungen dagegen eher geringer sind.

Felde ist ländlicher Zentralort im Amt Achterwehr. Damit verbunden sind besondere Finanzaufweisungen (zentralörtliche Mittel), aber auch besondere Anforderungen, die Felde als zentraler Ort zu erfüllen hat. § 15 Abs. 1 des Landesentwicklungsgrundsätze-Gesetzes definiert seine Funktion wie folgt: „Ländliche Zentralorte dienen überwiegend der Grundversorgung eines Nahbereiches.“ Darunter versteht man im wesentlichen folgende Funktionen: Grund- und möglichst auch weiterführende Schule, Spiel- und Sportstätten, Freibad, Kindergarten, ärztliche und zahnärztliche Versorgung, Apotheke, Einzelhandels- Handwerks- und private Dienstleistungsbetriebe, wie Zweigstellen von Kreditinstituten, sowie Einrichtungen auf der Stufe der Amts- und amtsfreien kommunalen Verwaltung.

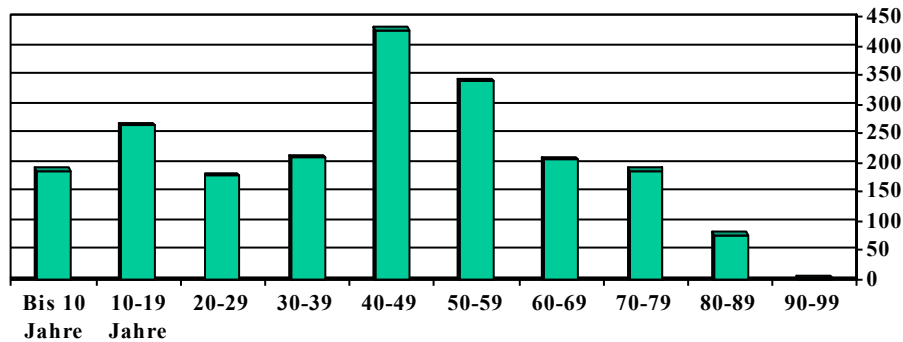
Mit Ausnahme der letztgenannten Verwaltungen ist in Felde alles vorhanden. Und sogar mehr: Das Jugendzentrum ist wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit über Feldes Orts Grenzen hinweg. Altenwohnungen und Pflegedienst sind gerade angesichts des demografischen Wandels ein ganz wesentliches Angebot in der Gemeinde. Unsere VHS funktioniert gut. Und als letzter ländlicher Zentralort in Schleswig-Holstein haben wir es auch geschafft, ein Gewerbegebiet auszuweisen.

Mit dem demografischen Wandel verbindet sich derzeit die Herausforderung, dies auf stark veränderte Bedarfe anzupassen. Der demografische Wandel erfordert ein Umdenken auf allen Politikebenen, insbesondere in den Gemeinden. Grobe Schätzungen lassen erwarten, dass sich in Felde im Zeitraum bis 2025

- die Zahl der über 80- jährigen Einwohnerinnen und Einwohner von gut 80 auf knapp 160 fast verdoppelt;

- die Zahl der unter 19-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner um 25 % von rund 400 auf rund 300 verringert.

Die derzeitige Altersstruktur in Felde stellt sich so dar (Stand: 01.03.2011):



Die Bürgerinnen und Bürger im Alter von 40 bis 49 bzw. 50 bis 59 Jahren bilden mit Abstand die beiden größten Gruppen. Dies zeigt, wie stark der Anstieg der Seniorinnen und Senioren in den kommenden Jahrzehnten voraussichtlich ausfallen wird. Selbst durch eine massive „Zuwanderung“ in unsere Gemeinde mittels Ausweisung neuer Baugebiete wird dieser Trend allenfalls abgemildert, aber nicht umgekehrt werden können.

Für die Gemeinde Felde folgen daraus zwei Konsequenzen: Auf der einen Seite muss sie sich auf einen erheblich höheren Bedarf an seniorenrechter Infrastruktur einstellen (hierzu Kap. 2 „[Soziale] Infrastruktur“). Und auf der anderen Seite muss sie attraktiv für den Nachwuchs bleiben, damit sich die Gewichte nicht noch weiter verschieben (hierzu Kap. 6 „Bildung“).

Dabei ist zu vermeiden, dass die Interessen unterschiedlicher Generationen gegeneinander in Stellung gebracht werden. Angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten kommt also ein anspruchsvoller Balanceakt auf unsere Gemeindepolitik zu. Um die Frage, wie die Finanzmittel für die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben neu zugeordnet werden, wird man nicht herumkommen (hierzu Kap. 1 „Finanzielle Leistungsfähigkeit“).

Im Zusammenhang damit gilt es, die Potenziale der Gemeinde optimal zu entfalten. Dies schließt die wirtschaftliche Entwicklung ebenso ein wie die Verantwortung für eine „grüne“ Gemeinde mit hohem Erholungswert für die Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie für Touristen und Ausflugsgäste (hierzu Kap. 3-5 „Natur und

Umwelt“, „Wirtschaft“ und „Verkehr“). Bereits der Gemeindeentwicklungsplan von 1997 hat hierfür eine Grundlage gelegt, die den Erhalt natürlicher Ressourcen mit dem Ausbau der Wirtschaft verbindet.

Ingesamt fordern uns diese Rahmenbedingungen auf, jetzt zu handeln und die Weichen richtig zu stellen – und nicht erst in der Zukunft!

1. Finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde



Die hier zu erörternde Frage lautet: Wird Felde für seine Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger der Nachbargemeinden im Amtsgebiet die erforderlichen Funktionen auch künftig erbringen können? Die Beantwortung dieser Frage hängt wesentlich von zwei Faktoren ab:

- Wie entwickelt sich die Einwohnerschaft Feldes und welche Auswirkungen hat das auf die prioritär zu erledigenden gemeindlichen Aufgaben?
- Wie entwickelt sich der Haushalt und gelingt es, sich für die Herausforderungen der Zukunft finanzielle Spielräume zu erhalten bzw. zu erarbeiten?

Daraus abzuleiten sind die erforderlichen politischen Entscheidungen der Gemeindegremien zur Erreichung der Ziele.

1.1 Rahmenbedingungen

Die Finanzlage der Kommunen in Schleswig-Holstein ist durch einen insbesondere bei den Kreisen und kreisfreien Städten sehr hohen Verschuldungsgrad geprägt. Darüber hinaus hat der Konjunkturinbruch im Zuge der Finanzmarktkrise 2009 zu gravierenden Einnahmerückgängen geführt. Der Landesrechnungshof leitet daraus

die Erwartung ab, dass die finanzielle Durststrecke für die Kommunen einige Jahre andauern und in dieser Phase die Verschuldung weiter ansteigen wird¹.

Zwar hat sich die Wirtschaftskrise in Schleswig-Holstein insbesondere wegen seiner überwiegend mittelständisch geprägten Wirtschaft in deutlich geringerem Umfang ausgewirkt als bundesweit, der Einbruch 2009 hat jedoch hier im Lande das Niveau des Jahres 2002 erreicht. Damals hat es je nach Kommunalgruppe bis zu fünf Jahre gedauert, bis der Abbau der krisenbedingt aufgelaufenen Defizite begonnen werden konnte². Insbesondere in Kommunen, deren Haushalt weniger von der Gewerbesteuer als vielmehr aus dem Finanzausgleich gespeist wird, werden die Einbrüche zudem zeitversetzt eintreten³.

Bestätigt wird dies durch die regionalisierte Steuerschätzung im Mai 2011. Danach haben die Kommunen in diesem Jahr Einnahmen aus Steuern und dem Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 3,133 Milliarden Euro – das sind zwar 57 Millionen Euro mehr als im November 2010 geschätzt wurde, aber 380 Millionen Euro weniger, als in der Ursprungsschätzung 2008 geplant. Für 2012 werden für die Kommunen im Land Einnahmen in Höhe von 3,377 Milliarden Euro geschätzt. Das sind 73 Millionen Euro mehr als im November 2010 geschätzt, jedoch wiederum 305 Millionen weniger als in der Ursprungsschätzung 2008 geplant. Allerdings dürften nach Auffassung des Finanzministeriums Schleswig-Holstein die Kommunen bei weiter fortschreitender Einnahmeverbesserung der Schätzung zufolge das Ergebnis von 2008 bereits 2012 statt 2014 wieder erreichen⁴.

Noch nicht berechnet werden können neue Risiken für die Einnahmeseite, z.B. durch die Beschlüsse der Bundesregierung zum Atomausstieg, von denen zwei Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein (Krümmel und Brunsbüttel) direkt und unmittelbar betroffen sind, da beide nach Auslaufen des Moratoriums nicht wieder ans Netz gehen.

Neben diesen prognostizierten Einbrüchen auf der Einnahmeseite ist mit einer zunehmenden Belastung auf der Ausgabenseite zu rechnen. Ursächlich hierfür sind

¹ Kommunalbericht S. 12

² Kommunalbericht S. 13

³ Kommunalbericht S. 14

⁴ Pressemitteilung des Finanzministeriums Schleswig-Holstein vom 15.05.2011

steigenden Personalausgaben durch die Tarifabschlüsse (2010 Steigerung um 1,2%, 2011 Steigerung um 1,1% plus Einmahlzahlung von 240 EURO), eine Steigerung der Sozialausgaben (die durch die aktuell anziehende Konjunktur allerdings deutlich abgeschwächt wird), erhöhte Kosten bei der Kleinkinderbetreuung, Finanzierungskosten für die Maßnahmen, die aus dem Konjunkturpaket II gefördert wurden, Mehrausgaben für Straßenunterhaltung zur Beseitigung von Frostschäden und ein zu erwartender Zinsanstieg⁵. Zu berücksichtigen sind insbesondere auch die aus dem demografischen Wandel auf die Kommunen zukommenden Lasten.

Die Bundesregierung hat in ihrem „Deutschen Stabilitätsprogramm, Aktualisierung 2011“ vom 13.04.2011 für die Kommunen einen Haushaltsausgleich bis 2012 prognostiziert – allerdings bei Betonung einer großen Streuung⁶. Damit bestätigt sie zwar entsprechende Aussagen des Finanzministeriums Schleswig-Holstein. Angesichts der geschilderten Besonderheiten für Schleswig-Holstein, insbesondere die große Vorbelastung der hiesigen Kommunen, sowie mit Blick auf den Effekt einer Zeitverzögerung bei Kommunen mit überwiegend aus dem Finanzausgleich finanzierten Haushalten sind jedoch ernsthafte Zweifel angebracht, ob diese Prognose auf Schleswig-Holstein, zumindest aber auf alle Kommunen im Lande zutreffen wird.

Welche Folgen die Finanzkrise im Euro-Raum auf Einnahme- und Ausgabeseite der kommunalen Körperschaften haben könnten, ist derzeit nicht absehbar.

Die kommunale Finanzpolitik erfordert daher auch in den nächsten Jahren eine konsequente Haushaltskonsolidierung, die im Verwaltungshaushalt oder Ergebnisplan ansetzt⁷.

Die zum 31. Dezember 2009 ermittelten Schulden insgesamt sowie die Schulden pro Einwohner (EW) für die kreisfreien Städte, Kreise, kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die Amtsverwaltungen belaufen sich auf insgesamt 2.632 Mio. EURO oder 930 EURO/EW⁸. Im Kreis Rendsburg Eckernförde lag die Verschuldung aller kommunalen Körperschaften (Kreis und Gemeinden) bei 188,738 Mio. EURO

⁵ Kommunalbericht S. 16 f

⁶ Stabilitätsprogramm S.20

⁷ Landesregierung S. 6, Kommunalbericht S. 18, Haushaltserlass S. 3

⁸ Landesregierung S. 6

oder 692 EURO/EW, Felde lag diesem Bericht zufolge mit 541.000 EURO oder 261 EURO/EW deutlich unter dem Kreisdurchschnitt⁹.

1.2 Bewertung des Haushalts der Gemeinde Felde für 2011¹⁰

Betrachtet werden sollen hier nur die großen Einnahme- und Kostenblöcke des Verwaltungshaushalts 2011. Dass es daneben eine Vielzahl kleiner Ansätze gibt, die in ihrer Wertigkeit und ihrer Höhe überprüft werden können, ist selbstverständlich. Mit Blick auf die Aufgabe dieses Berichts, ein Gefühl für die Struktur des Haushalts zu erhalten, sind sie an dieser Stelle aber zu vernachlässigen.

Dabei ist für die Bewertung nicht nur die absolute Höhe des Ansatzes relevant, sondern vor allem der Zuschussbedarf (Ausgaben abzüglich Einnahmen). Ist dieser gleich Null, weil die Kosten z.B. durch entsprechende zweckgebundene Einnahmen gedeckt sind (Beispiel: VHS), so besteht kein Handlungsspielraum und damit auch kein Handlungsbedarf.

Auf der **Einnahmeseite** sind folgende wesentliche Einnahmepositionen zu erwähnen:

1.2.1 Grundsteuer B mit 184.300 EURO

1.2.2 Gewerbesteuer mit 178.600 EURO

1.2.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 719.600 EURO

1.2.4 Schlüsselzuweisungen vom Land mit 249.500 EURO und

1.2.5 Zuweisungen als ländlicher Zentralort mit 198.000 EURO

Die Einnahmen zu Ziff. 2.2.1. und 2.2.2. können von der Gemeinde gestaltet werden, die Einnahmen zu Ziff. 2.2.3 bis 2.2.5. dagegen unterliegen keiner Dispositionsbefugnis der Gemeinde.

⁹ Landesregierung Anlage 8, S. 13 f

¹⁰ Jeweils bezogen auf den ursprünglichen Haushalt 2011 der Gemeinde Felde, da die Angaben im 1. Nachtrag mangels Plausibilität z.T. nicht überprüfbar waren.

Der Verwaltungshaushalt 2011 hat ein Volumen von rd. 2,16 Mio EURO (ohne Nachträge). Die größten **Kostenblöcke** hierbei sind:

1.2.6 Kosten für Gewährleistung der schulischen Versorgung (Einzelplan 2)

Für die schulische Versorgung (Epl. 2) weist der Haushalt einen Zuschussbedarf von 552.200 EURO aus. Wesentliche Bereiche (z.B. Schulkostenbeiträge) sind gesetzlich festgelegt und nicht disponibel. Einen großen Kostenblock bildet die bauliche Unterhaltung der Schule in Felde. Daneben stehen die Personalkosten für das nicht-pädagogische Personal.

1.2.7 Einrichtungen der Jugendhilfe (Einzelplan 4, Abschnitt 46)

Der Haushalt weist bei bei Epl. 4, Abschnitt 46 einen Zuschussbedarf von 353.400 EURO aus.

Wesentlicher Kostenblock hier sind die Personalkosten für den Kindergarten mit 435.200 EURO (ohne Nebenkosten wie Sozialversicherung und Zusatzversorgung).

1.2.8 Bauhof (Einzelplan 7, Abschnitt 77)

Der Bauhof benötigt in 2011 einen Zuschuss von 46.100 EURO, wobei zu berücksichtigen ist, dass auf der Einnahmeseite allein 91.500 EURO als interne Verrechnung ausgewiesen sind – also Mittel, die die Gemeinde an anderer Stelle bereitzustellen hat. Sofern es sich dabei nicht um fremdfinanzierte Aufgaben handelt, müssen auch diese Kosten dem Bauhof zugeschrieben werden.

1.2.9 Straßenbeleuchtung (Einzelplan 6, Abschnitt 67)

Der Zuschussbedarf bei der Straßenbeleuchtung beträgt in 2011 25.900 EURO, davon sind allein 11.000 EURO Stromkosten veranschlagt.

Zusammenfassung

Der Haushalt 2011 war nur durch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 317.800 EURO (nach 301.100 EURO in 2010) auszugleichen. Durch den 1. Nachtragshaushalt wird der Zuschussbedarf nochmals um 55.000 EURO erhöht. Damit wird das strukturelle Defizit dieses Haushalts deutlich, es bewegt sich in einer Größenordnung von rd. 370.000 EURO.

1.3 Optionen zur Sicherung einer nachhaltigen Haushaltspolitik der Gemeinde

Angesichts des beschriebenen strukturellen Haushaltsdefizits sind sowohl auf der Einnahme – als auch auf der Ausgabeseite Anstrengungen zur Sanierung der Haushaltsstruktur zu unternehmen. Dabei sollte mittelfristig erreicht werden, dass sich die Ausgaben der Gemeinde an den Einnahmen orientieren, eine Neuverschuldung unterbleibt und Rücklagen nicht mehr zur allgemeinen Haushaltsdeckung eingesetzt werden.

1.3.1 Einnahmen

Die Einnahmeseite des Haushalts kann durch verschiedene Aktivitäten verbessert werden: Durch Verbreiterung der Basis, indem z.B. neue, gewerbesteuerpflichtige Betriebe angesiedelt werden oder durch Erhöhung der für die Gemeinde gestaltbaren Hebesätze.

Zur Verbreiterung der Einnahmebasis sollte die Gemeinde daher zunächst verstärkte Anstrengungen unternehmen, die noch nicht vergebenen Grundstücke im Gewerbegebiet Klein Nordsee zu vermarkten. Ferner sollte sie das Potenzial für eine verstärkte kommerzielle Nutzung der touristischen Attraktivität der Gemeinde nutzen. Anbieter, wie Ferienhaus- oder Ferienwohnungseigentümer sowie Gastronomen sollten von der Gemeinde zu ihren Erfahrungen und Verbesserungsvorschlägen befragt werden. Daraus sollte ein Tourismuskonzept für die Gemeinde entwickelt werden

Hinsichtlich der Realsteuern (hier: Gewerbesteuer und Grundsteuer) ist zu berücksichtigen, dass die Hebesätze in Schleswig-Holstein hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleiben. Die Gemeinde Felde ihrerseits bleibt mit ihren Hebesätzen nochmals teilweise signifikant hinter dem Durchschnitt in Schleswig-Holstein zurück¹¹:

¹¹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 26.08.2010, Haushalt der Gemeinde Felde

	Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke)	Grundsteuer B (für Grundstücke)	Gewerbsteuer
Bundesdurchschnitt	297	401	387
Durchschnitt der Gemeinden in Schleswig-Holstein	277	327	337
Felde	270	270	310

1.3.1.1 Grundsteuer A

Da der Hebesatz bei der Grundsteuer A sich nicht weit vom Durchschnitt in Schleswig-Holstein entfernt, sollte eine weitere Anhebung an dieser Stelle unterbleiben.

1.3.1.2 Grundsteuer B

Anders sieht die Situation bei der Grundsteuer B aus. Hier liegt der Hebesatz der Gemeinde derart weit von Lands- und Bundesdurchschnitt entfernt, dass eine Anhebung erwogen werden sollte.

1.3.1.3 Gewerbesteuer

Hinsichtlich der Gewerbesteuer läge angesichts des weit unterdurchschnittlichen Hebesatzes eine Anhebung nahe. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass das Gewerbegebiet Klein Nordsee noch nicht vollständig genutzt wird. Im Interesse einer erfolgreichen Akquirierung neuer Betriebe sollte eine Anhebung nicht betrieben werden.

1.3.1.4 Bagatellsteuern

Auch Bagatellsteuern sind zu überprüfen und ggfs. anzuheben.

1.3.1.5 Ausschöpfen aller sonstigen Einnahmemöglichkeiten

Neben einer möglichen Erhöhung kommunaler Steuern sind alle übrigen Einnahmequellen auszuschöpfen. Als Beispiel seien hier Erschließungsbeiträge genannt, die nach § 137 Abs. 1 BauGB **zwingend** zu erheben sind. Eine Nichterhebung kann möglicherweise sogar strafrechtlich als Untreue der handelnden Amtsträger (Bürgermeister, Gemeindevertretung) zum Nachteil der Gemeinde verfolgt werden.

1.3.2 Ausgaben

1.3.2.1 Kosten der schulischen Versorgung

Der erhebliche Zuschussbedarf im Bereich der schulischen Versorgung beruht in erster Linie darauf, dass die Gemeinde die Rahmenbedingungen für eine angemessene Schulversorgung sicher zu stellen hat. Hierin liegt auch eine Aufgabe als ländlicher Zentralort. Es erscheint zweifelhaft, ob diese Kosten in großem Umfang minimiert werden können. Zu prüfen wäre jedoch, ob eine bessere Verzahnung mit anderen Aufgaben (JuZ, VHS) zu Synergieeffekten insbesondere im Einsatz der personellen Ressourcen führen kann, die (auch) zu einer Minderung der Kosten einer schulischen Versorgung führen.

1.3.2.2 Kosten für Einrichtungen der Jugendhilfe

Zu prüfen wäre, ob die personellen Ressourcen des Kindergartens auch für andere Aufgaben eingesetzt werden können (z.B. Betreuung Schule, s.o.). Angesichts der gesetzlich vorgeschriebenen Verbesserungen im Kita-Bereich (insbesondere Kleinkindbetreuung und Gewährleistung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz) wird hier allerdings kaum Spielraum zu erwarten sein. Im Gegenteil: Gerade dieser Bereich wird vermutlich - über den 1. Nachtrag hinaus – zu weiteren Mehrbedarfen führen.

1.3.2.3 Kosten für den Bauhof

Der Bauhof ist für die Gewährleistung der Sicherheit (Winterdienst, Instandhaltung der Wege etc.) unabdingbar und muss erhalten bleiben. Zu prüfen wäre allerdings, ob – bei Reduzierung des Personals – bestimmte Leistungen nicht mehr durch Bauhofmitarbeiter, sondern durch Dritte wahrgenommen werden können (z.B. Grünpflege). Dies ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn die Kosten für eine Durchführung durch Dritte dauerhaft kostengünstiger ist als die Wahrnehmung durch

eigenes Personal. Zu berücksichtigen ist ferner, dass für bestimmte Aufgaben (z.B. Winterdienst) ein Mindestbedarf an Personal besteht, das auch zu anderen Jahreszeiten ausgelastet werden muss.

Vor allem aber wäre zu prüfen, ob die Aufgaben der Bauhöfe mehrerer Gemeinden organisatorisch und räumlich zusammengefasst werden können, um so personelle Synergien erzielen zu können. Hier könnte Felde seine Rolle als Zentralort stärker betonen, alternativ könnte die Ansiedlung eines Bauhofs auch in einer anderen Gemeinde des Amtes zu einer sinnvolleren Aufgabenverteilung genutzt werden. Egal jedoch welchen Weg man geht, es wäre in jedem Fall eine sorgfältige Analyse der Chancen und Risiken erforderlich.

1.3.2.4 Straßenbeleuchtung

Es wäre zu prüfen, ob durch eine sinnvolle Steuerung der Straßenbeleuchtung mit einer (Teil-) Nachtabschaltung Kosten eingespart werden könnten, ohne Sicherheitsrisiken zu erzeugen. Zumindest in dem Zeitraum, in dem Züge am Bahnhof halten, ist eine (Teil-) Nachtabschaltung ausgeschlossen.

Ferner sollte stärker als bisher darauf geachtet werden, dass bei Neubeschaffungen die nach dem jeweiligen Stand der Technik die meiste Energie sparenden Lampen eingesetzt werden.

1.3.2.5 Sonstige Ausgaben

Auch **alle** sonstigen Ausgaben, die hier nicht betrachtet werden konnten, sollten auf Einsparpotentiale geprüft werden. Hiermit sollte die Gemeindevertretung die jeweils zuständigen Fachausschüsse beauftragen, der Finanzausschuss sollte dazu einen zu erwirtschaftenden Einsparkorridor vorgeben (z.B. in Höhe von 5 %).

1.4 Zusammenfassende Bewertung

Die Bewertungen des Haushalts der Gemeinde Felde zeigen, dass die Gemeinde noch finanzielle Spielräume hat. Wie sie die neuen oder erweiterten Aufgaben (Kinderbetreuung, Schule, Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen etc.) sicherstellen will, ist mit dem gegenwärtigen Haushalt nicht erkennbar.

Ob angesichts der Rahmenbedingungen (insbesondere der Folgen des demografischen Wandels) kurzfristig mit Einnahmeverbesserungen in

Größenordnung des strukturellen Defizits von rd. 370.000 EURO gerechnet werden kann, erscheint zumindest höchst zweifelhaft. Aber selbst wenn dieses erreicht werden sollte, kann die Erwartung einer Verbesserung der Einnahmeseite in den nächsten Jahren das Erfordernis von Einsparungen nicht abwenden, weil insbesondere auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (Kleinkinderbetreuung, Rechtsanspruch Kindergarten) und der Folgen des demografischen Wandels zusätzliche Lasten auf die Gemeinde zukommen. Bleiben Einnahmeverbesserungen aus, ist angesichts der zusätzlich zu erwartenden Ausgaben absehbar eine finanzielle Handlungsunfähigkeit der Gemeinde Felde zu erwarten.

1.5 Notwendige politische Entscheidungen in der Gemeinde

Erforderlich sind mithin politische Entscheidungen der Gemeinde, die das strukturelle Defizit in den nächsten Jahren zumindest weiter abmildern.

- Alle Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung sind auszuschöpfen.
- Es sind Beschlüsse notwendig, mit denen die Funktionen des ländlichen Zentralorts stärker in Abstimmung mit den Nachbargemeinden und unter deren Beteiligung an den Kosten wahrgenommen werden. Darüber hinaus wird auch die Wahrnehmung anderer gemeindlicher Aufgaben (insbes.: Bauhof) gemeinsam mit den Nachbargemeinden zu initiieren sein.
- Alle – hier nicht betrachteten – weiteren Ausgaben sind durch die Fachausschüsse der GV auf ihre Erforderlichkeit zu überprüfen, dabei sollte den jeweiligen Fachausschüssen durch den Finanzausschuss eine Einsparquote für die ihren Bereich zuzuordnenden Haushaltstitel vorgegeben werden.

Ansprechpartner Forum Finanzen/ Demografische Entwicklung:

Ulrich Lorenz, Ul.Lorenz@t-online.de

2. (Soziale) Infrastruktur



Die zukünftige Entwicklung unseres Dorfes als ländlicher Zentralort und attraktiver Lebensraum im Naturpark Westensee steht angesichts demografischer Prognosen und voraussichtlicher kommunaler Finanzentwicklung unter erschwerten Bedingungen.

Die optimale Nutzung der Ressourcen, Initialisierung von Synergien und Aufbau von leistungsfähigen Netzwerken auch mit Nachbargemeinden wird zunehmend wichtig sein.

2.1 Gebäude - Ressourcen

Die Gemeinde benötigt sicherlich ein Gebäudekonzept, in dem die Nutzung der vorhandenen Liegenschaften optimiert wird und Ergänzungen oder Erweiterungen eingebracht werden sollten. Das GZ ist schon jetzt für viele Veranstaltungen an der Kapazitätsgrenze. Ein größerer Saal sollte zukünftig erstellt oder gefunden werden. Dazu könnten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Schule auch gemeinsame Nutzungen in Betracht gezogen werden.

Frei werdende Liegenschaften sollten auf gemeindliche Nutzung hin geprüft werden.

Ein Altenzentrum, Seniorenwohnanlage mit Gemeinschaftsraum wäre für das Gemeindeleben und den steigenden Bedarf in der Zielgruppe der Senioren sicher förderlich. Die baulichen Rahmenbedingungen sollten dabei modernen Anforderungen im Einsatz von Material und Energieeffizienz beachtet werden.

Der Bedarf an Kinderspielplätzen, ggf. in gemeinsamer Nutzung für Kindergarten, Schule und Freizeit, wäre noch zu prüfen.

Der Dorfplatz könnte mit einem Bühnenpodest und weiteren Gestaltungselementen, z.B. Begrünung, ergänzt werden.

2.2 Personelle Ideen

Im Bereich von Handel und Gewerbe hat Felde Nachholbedarf. Viel zu wenige Arbeitsplätze sind direkt im Dorf, alle müssen pendeln. Freizeit- und Schlafdorf allein ist nicht wirklich zukunftsfähig. Ein Förderverein für Handel & Gewerbe könnte eine Ideenschmiede werden, um diese Lücke zu verkleinern.

Für dieses und andere Handlungsfelder des gemeindlichen Lebens können bürgerschaftliches Engagement bzw. ehrenamtliche Tätigkeiten entwickelt werden. Dabei ist oft ein professioneller Kern erforderlich, der koordiniert und ergänzt. Auch die GV sollte hier massiv fördern und unterstützen.

Ein Runder Tisch „Engagement für Felde“ könnte eingerichtet werden, der initiiert und koordiniert, z.B. auch Abstimmung im „Terminkalender“.

Auch die Angebote der VHS sind gut zu ergänzen durch fachkompetente Mitbürger und geeignet zur Vernetzung mit anderen Kommunen oder anderen Handlungsfeldern, z.B. für Kinder: JUZ, Vereine, Schule mit Schulsozialarbeit (u. ggf. KiTa).

Ergänzendes privates Engagement kann viele Bedarfe erkennen und bearbeiten.

Auf Amtsebene können „Lotsen“, „Kümmerer“ für ältere Menschen und andere Zielgruppen eingesetzt werden. Dieser Dienst könnte auch vernetzt sein mit anderen Amtsverwaltungen, z.B. Flintbek, Molfsee.

Mangelnde Verkehrsverbindungen in der nahen Region wären durch einen Kommunalen Verkehrsverbund und/oder Einsatz eines Bürgerbusses zu beheben („Doktor-Bus“, „Einkaufs-Bus“, „Bade-Bus“,...).

Weitere Ideen für Ehrenamtliches Engagement: ältere Mitbürger nehmen den Powerfrauen von heute für 1 Tag die Versorgung der Kinder ab, z.B.

- gemeinsames Kochen in der Schule
- Hausaufgabenhilfe
- Freizeitgestaltung am Nachmittag
- Abendessen mit Gute-Nacht-Vorbereitung

2.3 Institutionelle Anforderungen

Alle Angebote in Felde sollen dem Ziel der „Inklusion“ dienen. Die Veranstaltungen und Dienstleistungen sind grundsätzlich so zu entwickeln, dass sie allen Bürgern zugänglich und nützlich sind. Auch Menschen mit Assistenzbedarf werden „inklusiv“ als Teil des ganzen Gemeinwesens verstanden und behandelt.

2.3.1 Für Kinder und Jugendliche

Im Kindergarten soll Betreuung in kleineren Gruppen angestrebt werden.

Umwelt- und Naturpädagogik könnte auf einem naturnahen Abenteuer-Spielplatz vertieft werden.

Eine verlässliche Ganztagschule ist für berufstätige Eltern, aber auch für die Entwicklung der Schüler/Innen bedeutsam.

Die Erhaltung und Weiterentwicklung des Jugendzentrums (JUZ) mit übergemeindlichen Angeboten soll auf jeden Fall möglich bleiben.

(weitere Punkte in Kapitel 6: „Bildung“)

2.3.2 Für alle

Gewünscht werden Bürgersprechstunden des Amtes in den Gemeinden.

Die „neuen Felder“ sollen für mehr Gemeinschaft interessiert und motiviert werden.

Mindestens 1 x im Jahr ein Event „Viele Felder für viele Felder“, z.B. „Felde liest“; Literatur oder Themenbearbeitung: Mineralien; Fledermäuse; Schnapsherstellung, Oldtimertreffen u.a.

Ein Stammtisch für die Vereine (Vorstände) könnte helfen, Angebote besser zu koordinieren oder gemeinsame Interessen zu entwickeln.

Gewünscht werden:

- ein „Mittagstisch“ in Felde (nicht nur für Alte);
- ein BIO-Laden mit durchgängigen Öffnungszeiten;
- ein Bildungsausleihzentrum: Bibliothek, Videothek, CDs, DVDs, Bilder usw.

Damit unnötige Fahrten vermieden werden können, wären weitere Dienstleistungsangebote nötig, z.B. für Reinigung, Geschenke usw.

Für die Weiterentwicklung der Infrastruktur sind Förderprogramme zu nutzen (Bundes- und Landesprogramme, ESF).

Eine Diskussion über die Rolle der Gemeinde bei privatem / kommerziellem / kulturellem Engagement ist sicher erforderlich.

Förderungen sollen per Satzung geregelt werden.

Stichworte: Konkurrenz, „Gestaltungsmacht“, Bürger „zuerst“ / Subsidiarität.

2.3.3 Für Senioren / Koordiniertes Pflegeangebot

Wachsender Bedarf bei diesen Dienstleistungen sowie der dringende Wunsch, in allen Lebenslagen im Dorf bleiben zu können, erfordern:

- Tagespflege für Felde (und Umgebung) in Felde;
- Nachtpflege / Palliativpflege / teilstationär / stationär;
- „Haushaltsnahe Dienstleistungen“ (technische Hilfen, Gartenpflege, Winterdienst).
- Im Sinne der „Inklusion“ sollen systematische Barrieren (Bordsteine, Pflasterungen, Wegweisungen) altengerecht gestaltet werden.
- Die Infrastruktur der Gemeinschaftseinrichtungen soll nah und barrierefrei sein.
- Für viele kann auch eine Ambulante Wohnberatung („Verbleibs-Umbau“) hilfreich sein.

Ansprechpartner Forum 2:

Hartmut Rimkus, 04340/ 402915, hartmut@rimk.us

3. Natur und Umwelt



Der Bereich Natur und Umwelt beinhaltet die Erhaltung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen und das umweltverträgliche Leben und Näherbringen der Natur bei den Bewohnern und den Gästen.

Darüber hinaus sind Maßnahmen einzubeziehen, die zur Reduzierung bei schon fortgeschrittenen Belastungen geführt haben.

3.1 Natur

Oberstes Gebot ist die Erhaltung von Wald und Wiesen, um den Charakter in Einklang mit der Natur zu bewahren. Dieses gilt insbesondere für die Pflege der jetzigen Natur sowie die bauliche Weiterentwicklung von Felde. Neben der verträglichen Nutzung von Baulücken sind weitere Baugebiete nur im Dorfkern mit Gestaltung entsprechender Grünflächen in die vorhandene Natur einzuplanen. Hier gilt der in der Agenda 21 aufgestellte Grundsatz: Bebauung je näher an die Dorfstraße und nicht an Wald und See.

- Entwicklung des Dorfzentrums mit ökologischen Vorgaben (Begrünung der Parkplätze, Dachflächen für Solarstrom, Aufwertung der "Senke" zum Feuchtbiotop, Einbindung der Bauten in das zu erstellende Energiekonzept).
- Umsetzung von naturerhaltenden Maßnahmen wie z.B. Schutz des Westensees vor Wasserverunreinigung (Wasserpest) und Verlandungsprozesse (Landwirtschaft beobachten, Seekantenbepflanzung eingrenzen).
- Ausbau von Freizeitwegen für alle Bewohner und Gäste, welche zu Fuß, per Rad, Pferd oder mit dem Kanu Felde freizeithlich genießen wollen. Hierzu werden folgende Teilmaßnahmen vorgeschlagen:
 - Ausbau von Wanderwegen mit dem Ziel die Natur des Westensees ohne Straßenabschnitte erleben zu können. Dieses Ziel kann beidseitig der Dorfstraße umgesetzt werden, wenn die alten Kirchwege wieder reaktiviert werden: Verbindung Resenis-Bossee, Verbindung Quitschenredder-Ranzel, Schusterredder-Hasselrader

Weg, Verbindung Schulstraße-Nordsteg- Resenis. Ein ufernaher Wanderweg am Westensee würde die Attraktivität des Gebietes steigern.

- Einrichtung von Radwegen durch Zulassung einiger Wanderwege für Fahrräder (Erhöhung der Sicherheit und Erholungswert): Quitschenredder-Ranzel, Schusterredder-Hasselrader Weg.
- Ausbau und Kennzeichnung von Reitwegen um Freizeitreitern die Möglichkeit zu geben, von den Ställen kontrolliert und ohne Naturbelastung auszureiten.
- Schaffung von Rastplätzen für Wanderer und Fahrradfahrer mit Müllentsorgung an landschaftlich besonderen Stellen zur Stärkung des Naturbewusstseins und der Reduzierung des sonstigen Mülls. Aufstellen von Hinweistafeln, um die Natur allen näher zu bringen.
- Einrichtung von Kanutenhaltestellen mit Müllentsorgung, um den Kanuten einen Rastplatz zu schaffen und die übrigen Uferstellen und deren Tierwelt zu schützen.
- Aufbau einer Natur – und Touristeninformation am Bahnhof und an den Ortseingängen, um allen Ankommenden ausreichende Informationen über die Wander-, Rad- und Reitwege und den Umgang in und mit der Natur zu informieren.
- Einstimmung aller Ruder-, Segel-, Angel-, Wander- und Reitvereine, welche den Westensee, den Wald und Wiesen nutzen auf nachhaltiges Verhalten in der Natur.

3.2 Umwelt

- Entwicklung eines professionellen Energiekonzeptes für die Gemeinde Felde und den Ortsteil Ranzel, um die Emission zu reduzieren und eine nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten. Hierbei ist die bereits begonnene Fernwärmeversorgung in der Hamannsche Koppel und dem Ahornweg zu integrieren.

- Einführung eines professionelles Energiecontrollings für dörfliche Liegenschaften (Heizung, Strom).
- Prüfung der nächtlichen Straßenbeleuchtung u. Lampenerneuerung. Aufklärung der Bürger bezüglich Beleuchtung auf dem Privatgrundstück.
- Reduzierung der Abwässer durch Abwassercheck u. Abschaffung von einzelnen Klärgruben.
- Reduzierung von Müll durch Aufklärung der Bürger und Gäste in Sachen Nachhaltigkeit und Müllkreislauf. Zusammenarbeit mit dem Kreis und der AWR.
- Ausbau von „Umweltbildung“ in der Schule und der VHS zur Erhöhung der Nachhaltigkeit.
- Qualifizierung der Mitarbeiter Bauhof für die Themen Natur und Umwelt.

4. Wirtschaft



Die Wirtschaft in Felde trägt zur Zeit ca. 20% direkt zu den Einnahmen des Dorfes bei und ist damit ein wichtiger Bestandteil, der ausgebaut werden muss, um die Infrastruktur zu finanzieren.

Hierbei ist besonders auf die beiden vorhergehenden Bereich Natur und Umwelt zu achten, wobei diese auch ein wirtschaftliches Potenzial darstellen.

- Vermarktung des interkommunalen Gewerbegebietes „Klein Nordsee“ durch Auffüllen und Erweiterung bis 2013 (ev. Wegfall der EU-Förderung).
- Schaffung eines Innovationsparks „Neue Energien“ gemeinsam mit einem Energieversorger und der K:E:R:N-Region.
- Einfeldung eines Konzeptes für die Erweiterung des Gewerbegebietes von der Wirtschaftsfördergesellschaft des Kreises inklusiv Vermarktung.

- Erhaltung und Ausbau des Schulstandortes für Grund- und weiterführende Schulen als Außenstelle.
- Prüfung der Ansiedlung einer Spezialechule, welche die in Felde vorhandene Natur nutzt und benötigt (Land- oder Forstwirtschaft, Gesundheitswesen, Heilpraktiken).
- Entwicklung des Dorfzentrums durch Vergrößerung der Edeka-Ladenfläche, Ansiedlung weiterer Ladengeschäfte und einem Cafe.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Vergrößerung und Ansiedlung weiterer Ladengeschäfte, Cafes und Erweiterung sozialer Einrichtungen.
- Planung von gemeinderelevanten Flächen zur grundbuchlichen Sicherung zum Wohle der Allgemeinheit (z.B. Parkplatzflächen im Dorfzentrum).
- Schaffung von Betreuungs- und Pflegeangebote für ältere Bewohner inklusiv Errichtung einer Seniorenwohnanlage, um beim Älterwerden nicht aus Felde wegziehen zu müssen.
- Kontinuierliche Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Einrichtungen , welche durch den demographischen Wandel notwendig werden.
- Planung und Ausschreibung von überregionalen Treffen (Traktoren, Oldtimer, Theater) um die Attraktivität von Felde zu steigern und die wirtschaftlichen Einrichtungen zu stabilisieren.
- Verbesserung der Nutzbarkeit des Dorfplatzes durch Abhaltung regelmäßiger Veranstaltungen (Markt, Vereinstreffen).
- Gründung eines Wirtschaftsstammtisches und Entwicklung zum Förderverein Wirtschaft und Bildung. Ziel ist es, Felde bei ortstypischen Angeboten der Naherholung, des Sports und des Tagestourismus weiter zu entwickeln und neue Wertschöpfung inklusiv Arbeitsplätze zu erzeugen. Hierbei sind exemplarisch die Bereiche Gastronomie, Camping/ Wohnmobilstellplatz, Aufwertung der Badestelle, Reitställe, Sport-und Kulturevents zu nennen.

5. Verkehr



Der Verkehr in Felde wird weitestgehend durch die durch den Ort gehende Landesstraße (Dorfstraße) geprägt. Sie ist die einzige Verbindung durch den Ort und verbindet die weiter von Kiel entfernten Orte Brux, Westensee und Großvollstedt mit der Autobahn.

Neben dem Durchgangsverkehr gehen von der Dorfstraße die meisten Nebenstraßen ab und sie ist somit die Hauptverkehrsader in Felde.

Demgegenüber steht die Dorfstraße in der gesamten Länge als Zufahrt vieler Grundstücke mit Einfamilienhäusern und als unmittelbare Grenze des Dorfzentrums. Der daraus resultierende Konflikt zwischen Verkehrsweg und Zuwegung zu Heim und Versorgungsstätte, erweitert um das Anliegen der Fußgänger und Fahrradfahrer, ist in Zukunft nachhaltig zu lösen und zum Vorteile der Bewohner zu entwickeln.

- Das oberste Ziel ist die Beruhigung der Dorfstraße, um dem Leben im Dorfe Sicherheit und Gemütlichkeit zu geben. Dieses Ziel kann durch Schaffung von Verkehrsinseln am jeweiligen Dorfanfang/–ende, Kaufmann und Schule, durch Einrichtung weiterer 30er Zonen beim Kaufmann oder Errichtung zusätzlicher Ampeln auf der Höhe Ahornweg erreicht werden. Eine generelle Verkehrsberuhigung kann weiterhin durch die Einrichtung eines Tempolimits zwischen Klein Nordsee und Felde geschaffen werden.
- Eine Reduzierung der Doppelnutzung des Bürgersteiges durch Schaffung von Radfahrwegen auf der Straße würde das generelle Straßenempfinden in Felde ändern und den Charakter langsamer Fortbewegung fördern (Beispiele sind Oldenburg, Bremen).
- Verbesserung der Zuganbindung durch zweites Gleis und Verlegung der Parkplätze sowie Neugestaltung des Bahnhofsbereiches (Visitenkarte für Durchgangsverkehr).

- Aufstellung eines neuen Flächenkonzeptes am Bahnhof mit Integration weiterer öffentlicher Verkehrsmittel mit einer Buswendeschleife und einem Radunterstand.
- Berufung von ehrenamtlichen Bahnhofspaten, die auf Sauberkeit und Sicherheit achten und für allgemeine Informationen bereit stehen.
- Verbesserung des lokalen Nahverkehrs (z.B. Bürgerbus, Einkaufsbus, Ärztebus, Badebus) .
- Regelmäßige Prüfung und Aufstellung von Verbotsschildern zur Vermeidung von Straßenschäden von Berufsverkehr und landwirtschaftlichen Fahrzeugen.
- Systematische Überprüfung der Beschilderung und Verkehrsinfrastruktur auf Barrierefreiheit (gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung).

Ansprechpartner für Natur und Umwelt, Wirtschaft, Verkehr:

Andreas Kreft, a.kreft@gmx.de

6. Bildung



Kindertagesstätte, Grundschule und Volkshochschule decken zusammen fast das gesamte Altersspektrum der Gemeinde ab. Durch die unmittelbare Nachbarschaft aller drei Einrichtungen verfügt Felde über einen in der Region einzigartigen Bildungsstandort, der

zum Teil auch das Umland versorgt. In diese Betrachtung lassen sich darüber hinaus die ebenfalls benachbarten Sportstätten und das Jugendzentrum einbeziehen.

Unabhängig von den Empfehlungen für die einzelnen Einrichtungen plädieren wir dafür, die Nachbarschaft aller wesentlichen Akteure noch stärker für Kooperationen zu nutzen - bis hin zu übergreifenden Konzepten für die Bildung in Felde.

Wir regen daher auch an, die Vorschläge auf einer Bildungskonferenz mit allen haupt-, neben- und ehrenamtlichen Akteuren zu diskutieren.

6.1 Kindertagesstätte

Für die Kindertagesstätte sehen wir zwei wesentliche Herausforderungen: Die Schärfung des Profils und den Rückgang der Kinderzahlen. Derzeit ist die Auslastung gut, weil mehr Kinder unter drei Jahren aufgenommen werden. Da der Geburtenrückgang anhält und der Zuzug junger Familien begrenzt ist, besteht absehbar die Gefahr einer Unterbelegung, verbunden mit einer verschärften Konkurrenz mit benachbarten Kindertagesstätten. Insofern ist die Schärfung des Profils auch notwendig, um die eigene Attraktivität zu steigern und weitere Abwanderungen zu vermeiden. Der kurzzeitige Trägerwechsel hin zur „Brücke“ konnte diese Erwartung nicht erfüllen.

- Um die alltägliche Arbeit zu reflektieren und auf eine neue konzeptionelle Grundlage zu stellen, schlagen wir vor, für begrenzte Zeit eine externe Begleitung in Anspruch zu nehmen (Kita-Fachberater/in). Nach Erfahrung anderer Kindertagesstätten entstehen daraus tragfähigere Impulse als durch interne Reflexion.
- Die Qualitätsentwicklung könnte auch durch den Erwerb eines Qualitätssiegels befördert werden. Hier käme zum Beispiel das Siegel

„Anerkannter Bewegungskindergarten“ der Sportjugend Schleswig-Holstein in Frage (Nachbarschaft zu Sportstätten/ Anreize auf eigenem Gelände/ Kooperationsmöglichkeit mit Schule).

- Die Naturpädagogik ist ein Markenzeichen der Kindertagesstätte. Dies bezieht sich derzeit vor allem auf die Waldgruppe in Jägerslust. Im Sinne eines stimmigen Ganzen schlagen wir vor, diese Arbeit erkennbarer mit der Arbeit in der eigentlichen Kindertagesstätte zu verschränken.
- Laut Selbstdarstellung der Kindertagesstätte steht das „Selbstlernen“ der Kinder im Mittelpunkt der Arbeit. Wir schlagen vor, dies stärker mit konkreten Projekten zu verbinden. Auch hierfür könnten die Erfahrungen aus dem Bereich Naturpädagogik mehr genutzt werden.
- Die musische Förderung ist zurzeit ein gesondertes Angebot. Wir schlagen vor, sie in die tägliche Arbeit zu integrieren.
- Wichtig für ein gutes Betriebsklima ist aus unserer Sicht das Einhalten klarer Regeln für das Verhalten und den Umgangston in der Kindertagesstätte.
- Um Stress für Kinder und Personal zu reduzieren, sollte die Gemeinde den Schallschutz im Gebäude verbessern.
- Die Gemeinde sollte eine Dauerkonkurrenz mit benachbarten Kindertagesstätten (v.a. in Westensee) vermeiden. Bei Abwanderungen zahlt sie doppelt: für den Unterhalt der eigenen Einrichtung und dafür, dass eigene Gemeindekinder in anderen Gemeinden aufgenommen werden.
- Um den Verkehr zur Kindertagesstätte zu verringern und Bewegung zu fördern, könnten sich die Eltern auf feste Bring- und Abholzeiten zu Fuß verständigen. Nach dem Prinzip eines „walking bus“ begleiten z.B. Nortorfer Eltern einzelne Kindergruppen auf dem Weg zur Schule und zurück - mit einem eigenen Fahrplan und festen Haltestellen.

6.2 Grundschule

Auch die Arbeit der Grundschule hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Und auch hier sehen wir die Notwendigkeit, das Profil zu schärfen und die Schule inhaltlich weiterzuentwickeln. Ständige strukturelle Veränderungen standen dem in der Vergangenheit entgegen: die Aufgabe des Hauptschulzweigs, der Zusammenschluss mit Achterwehr und Westensee und schließlich die jetzige Organisation mit zwei Standorten in Felde und Westensee. Da die Lehrerversorgung an der gesamten Schülerzahl ausgerichtet ist, bleibt als dauerhafte Herausforderung die möglichst gerechte Versorgung zweier unterschiedlicher Standorte. Von den Schülerzahlen her scheint die derzeitige Konstruktion zumindest mittelfristig überlebensfähig. Die freie Schulwahl führt allerdings dazu, dass eine verlässliche Planung nicht möglich ist, wie zuletzt das Beispiel Achterwehr zeigte. Eine gemeinsame Identität als eine Schule ist allenfalls in Ansätzen erkennbar. Zudem wird das Betreiben zweier Standorte mit einem Kollegium weiterhin hohe Anforderungen an Organisation, Mobilität und Kommunikation mit den Eltern stellen.

- An den Standorten wünschen wir uns mehr personelle Kontinuität für die einzelnen Klassen.
- Wir schlagen einen laufenden, festen Austausch mit der Gemeinde Westensee und Westenseer Eltern über sinnvolle Schwerpunktsetzungen an den Standorten vor.
- Um als gemeinsame Schule erkennbar zu sein, bedarf es eines Schulprogramms. Dabei sollten die unterschiedlichen Stärken der beiden Standorte berücksichtigt und weiterentwickelt werden. In Felde könnte z.B. der Ansatz der Lernwerkstatt in ein Gesamtkonzept eingehen. Weitere Stärken sehen wir in der Nutzung der räumlichen Möglichkeiten (u.a. Werkraum, Bibliothek) und in den Kooperationsmöglichkeiten mit benachbarten Einrichtungen.
- Zur Qualität einer Schule trägt bei, dass die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer durch andere pädagogische Angebote während der Schulzeit ergänzt wird (z.B. „pädagogische Insel“, um Konflikte zu entschärfen und Probleme von Kindern gezielt aufgreifen zu können). Die Gemeinde bzw. der Schulträger sollte prüfen, ob dies im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten zu leisten ist.

- Anstöße für die Qualitätsentwicklung würden sich auch ergeben, wenn sich die Schule um eine Auszeichnung bewirbt (z.B. das Zertifikat „Zukunftsschule.SH“ für Aktivitäten im Bereich „nachhaltige Entwicklung“).
- Die Offene Ganztagschule bedarf einer mit den Eltern abgestimmten Konzeption, im Sinne klarer Zielvorstellungen und einer langfristig ausgerichteten Perspektive. Auch hier sehen wir die Chance einer zusätzlichen pädagogischen Unterstützung als sinnvolle Ergänzung des Unterrichts am Vormittag. Die Verantwortung für die Offene Ganztagschule muss zwischen Gemeinde, Schule und Mitarbeitern besser abgestimmt werden. Wir regen an, vorhandene Beratungsangebote zu nutzen: von OGS-Referenzschulen (z.B. Grundschule Boostedt), der Service-Agentur „Ganztägig lernen“ oder dem Referat für Ganztagschulen im Bildungsministerium.
- Der Bedarf nach einer Ferienbetreuung an der Schule sollte für beide Standorte gemeinsam ermittelt werden (gab es bisher in Achterwehr).
- Die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Kindertagesstätte ist noch ausbaufähig. Z.B. in den Bereichen Naturpädagogik und Bewegungsförderung könnte die Grundschule mit der Kindertagesstätte in Projekten zusammenarbeiten.
- Naturpädagogik eignet sich wegen der Gegebenheiten in Felde auch als Markenzeichen der Schule. Dazu gehört ein Schulwald.
- Für das Außengelände steht eine umfassende Neugestaltung an. Auch dies ist eine Chance, um das pädagogische Profil abzurunden. Wir regen daher an, alle Gruppen (Schüler, Lehrer, Eltern, Gemeinde) einzubinden und gelungene Beispiele anderer Schulen einzubeziehen (Grundschule Bordesholm).
- Um den Verkehr zur Schule zu verringern und Bewegung zu fördern, könnten sich die Eltern auf feste Bring- und Abholzeiten zu Fuß verständigen. Nach dem Prinzip eines „walking bus“ begleiten z.B. Nortorfer Eltern einzelne Kindergruppen auf dem Weg zur Schule und zurück - mit einem eigenen Fahrplan und festen Haltestellen (s. auch Kita).

6.3 Volkshochschule

Die Volkshochschule kann auf eine erfolgreiche Entwicklung in den vergangenen Jahren verweisen. Ein Meilenstein war die feste Ansiedlung in der Alten Schule, verbunden mit der direkten Nachbarschaft zu Grundschule und Kindertagesstätte. Als regionaler Akteur in der Erwachsenenbildung ist die VHS auch für die zentralörtliche Funktion Feldes wichtig.

Unsere Empfehlungen:

- Die erfolgreiche Arbeit der VHS sollte solide abgesichert werden. Derzeit ist die gesamte Arbeit allein von der Leiterin abhängig. Sinnvoll wäre eine stärkere Unterstützung der Leiterin, zum Beispiel über einen Kreis von ehrenamtlichen VHS-Freunden.
- Derzeit gibt es keinen Hausmeister für die Alte Schule. Auch auf diesem Gebiet ist Unterstützung nötig.
- Für den Umfang des Angebots gibt es seitens der Gemeinde keine Zielvorstellung. Dies wäre für die weitere Entwicklung der VHS hilfreich.
- Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bilden Frauen mittleren Alters die stärkste Gruppe. Durch die Ansprache weiterer Zielgruppen könnte die VHS noch mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichen.
- Für Seniorinnen und Senioren, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, könnte die VHS Hilfestellungen anbieten (Qualifikation für das Ehrenamt)
- Wir schlagen zudem vor, dass Bildungsangebote für Eltern von Kita- und Schulkindern an der VHS gebündelt werden (Erziehungs- und Bildungsfragen, z.B. zum Medienkonsum)

Ansprechpartner: Andreas Malzahn, 04340/ 499499, amalzahn@gmx.de

Quellen (zu Kapitel 1.1 „Rahmenbedingungen“)

1. Kommunalbericht des Landesrechnungshofes 2011 Schleswig-Holstein (zitiert: Kommunalbericht)
2. Haushaltserlass 2011 des Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein vom 23.09.2010 (zitiert: Haushaltserlass)
3. Ergänzung zum Haushaltserlass 2011 des Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein vom 17.11..2010 (zitiert Haushaltserlass-Ergänzung)
4. Bericht der Landesregierung „Finanzielle Situation der Schleswig-Holsteinischen Kommunen“ vom 22.06.2010, Landtags-Drucksache 17/664 (zitiert: Landesregierung)
5. Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung 2011, herausgegeben vom Bundesministerium der Finanzen (zitiert: Stabilitätsprogramm)
6. Statistisches Bundesamt, Erhebung der durchschnittlichen Erhebung der Realsteuern nach Ländern 2009 (zitiert: Statistisches Bundesamt)